

# Saalefische Zeitung

Einzelpreis 15 Pfennig

Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

Kammer 304 a

(Privilegiert 1705)

226. Jahrgang

Sonntag  
29. Dezember 1929

Abonnementpreis für die Uteposten: 10 M für Familienangehörige 8 M. Abent nach Zeit - Abent: 2 M. Die Zeitungspreise sind in der Regel 2 M. höher. Die Zeitungspreise sind in der Regel 2 M. höher. Die Zeitungspreise sind in der Regel 2 M. höher.

## Lehren des Volkseigentums

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgedrückt werden, daß die Praxis der Volkseigentumsbildung des souveränen Volkes nicht auf der jetzigen deutschen Staatsform beruht, in unerträglicher Widerspruch ist. Wenn wir schon einmal einen demokratisch-republikanischen Staat haben, der die Verantwortung des Volkes stabilisiert, und wenn die Staatsform auch von denen respektiert werden soll, die sie nicht lieben, dann darf die Volkseigentums-Idee nicht mit dem demokratisch-republikanischen Staat getrieben werden, wenn anders man nicht die Absicht hat, Andersdenkende zu Meutern zu machen. Die Durchführung von Volkseigentum und Volkseigentum hat eine unübersehbare Kette von großen und kleinen Berggipfeln der Regierenden gegen die Absicht des Volkes gebracht. Es begann beim Volkseigentum mit dem Fehler gegen die Weisheit. Ein Verfahren, gegen das der Staatsrat sich ein vernünftiges Urteil sprach, wurde aber zu spät kam und damit an einmaligen Dingen nichts mehr ändern konnte. Es begann mit Ministerreden im Rundfunk, die einseitiger Unterdrückung breiter Volkseigentums, die sich mit dem Grundgedanken des heutigen Staates einfach nicht vereinbaren lassen. Dann wurde, um nur einige Beispiele zu nennen, nicht verheimlicht, daß Verträge, die andere wegen ihrer politischen Bedeutung beim Volkseigentum von den Weisheiten und Krankenheiten wirtschaftlich gebildet wurden. Man ließ es zu, daß das Volkseigentum regelrechte schwarze Listen gegen das Volkseigentum angelegt werden, und die Hauptfrage: Man erklärte am Sonntag zum Wahltag, der der demokratischen Forderung, daß ein Wahltag jedem Wahlmöglichkeit geben solle, einfach nicht sprach. Das republikanisch-demokratische Volk ist nun einmal auf der Erkundung des Volkseigentums aufgefaßt, wenigstens behauptet dies von sich selbst, und die Politik der Unterdrückung muß sich in einem solchen Mann gegen ihre Urheber selbst wenden. Es ist die erste Lehre, die aus dem Sinn von liegenden Volkseigentum und Volkseigentum gezogen werden kann, die Freiheit, daß wir in einer Schein-Demokratie leben. Damit wird politischer Nationalismus, der sich außerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen stellt, legalisiert. Man soll die Aufgabe nicht unterschätzen — sie wird nur zu bald bemerkbar machen.

aus der Art des Abwehrkampfes der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien ist das Volkseigentum aber ergibt sich, die derzeitigen Träger der politischen Verantwortung auf eine wirkliche Klarstellung der Volkseigentums in der Frage ungenügender kostspieliger Verträge und Tributleistungen verzichten. Sie übernehmen damit vollständig die doppelte Verantwortung für Handlungen. Auch dies muß rechtzeitig festgestellt werden.

Wang unabhängig von dem Ausgang des Volkseigentums von den verfassungsmäßigsten Träger des Volkseigentums und im Zusammenhang damit um den Erfolg oder Mißerfolg des Volkseigentums handelt es sich jetzt die Frage, ob die Reichsregierung jetzt dem Sinn und dem Wortlaut des im Volkseigentums Staatsgrundgesetzes noch in der Lage ist, die bisherige Außenpolitik in der neuen Linie weiterzuführen. Weit über diese Grenze, die hinter dem Volkseigentum hinaus stellt man fest, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, nun etwa im Namen des deutschen Volkes den neuen Verträgen zu unterzeichnen. Das, was sich in den letzten vierzehn Tagen vor dem Volkseigentum im Reichstag abgelehnt hat, war die politische Vankertstellung

## Keine Dolfahrt 1930

### Wegen Schwierigkeiten in der Versicherung

Berlin, 28. Dezember.

Im Zusammenhang mit den verschiedenen Besprechungen dieser Tage wegen der Expedition bis Mai 1930 geplanten Polarflüge des „Graf Zeppelin“ erklärt der Vorstand der Aero-Artif: „Es ist infolge der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage nicht gelungen, die Versicherung des Luftschiffes so frühzeitig unterzubringen, daß die von der Versicherungsträger abhängigen und technischen Vorarbeiten hinreichend gefördert werden konnten. Demgemäß wird mit der Durchführung der Expedition für das Jahr 1930 nicht mehr gerechnet werden können. Erst jetzt eröffnen sich günstigere Aussichten für den Vorstoß der Versicherung, und nunmehr hofft der Vorstand der Aero-Artif, die Expedition im Jahre 1931 mit Bestimmtheit durchführen zu können. Der Vorstand der Aero-Artif nimmt diese Gelegenheit wahr, ganz besonders der deutschen Reichsregierung, den Regierungen der vereinigten Staaten, der Sowjetunion und den Regierungen von Norwegen, Dänemark, Kanada und Spanien sowie den Städten Fairbanks und Tromsø, den wissenschaftlichen Instituten, den Industrieunternehmen und nicht zuletzt der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H., die unsere Expedition moralisch und materiell bereits jetzt so hochherzig gefördert haben, zu danken.“

## Amundsens Spuren am Südpol

Berlin, 28. Dezember.

Die „A. Z.“ meldet aus New York: Die Geologische Gruppe der Expeditionsleiter fand am Fuß des Axel-Heberg-Gletschers das Nachdrücken des Amundsen nach seiner Rückkehr vom Südpol vor 18 Jahren entdeckt hat. Im einem Fundbericht an Admiral Byrd meldet Dr. Gould, daß er unter einem Steinhaufen eine 30-Zentimeter-Karte, zwei Zigarettenstreichhölzer und eine Zinnbüchse mit einer Postkarte Amundsens, datiert vom 6. Januar 1912, entdeckt habe. Die Postkarte gibt eine kurze Beschreibung der letzten Etappe der Expedition und die Erklärung, daß der Kapitän vom 14. bis zum 15. Dezember am Südpol gewartet habe. Gould nahm eine Abschrift des Berichtes Amundsens, fügte einen eigenen hinzu und verschickte das Depot in gleicher Weise, wie er es aufgefunden hatte.

## Dr. Schacht nicht delegiert

Berlin, 28. Dezember.

Die Tatsache, daß als Ergebnis der ausgeübten Kabinettsberatungen unter Teilnahme des Reichsbanpräsidenten Schacht Dr. Schacht selbst nicht als Mitglied der deutschen Delegation zum zweiten Haager Konferenz einberufen wird, ließ bereits darauf schließen, daß die Gegenstände zwischen dem Reichsbanpräsidenten

und dem Reichsbanpräsidenten andererseits bezüglich der Auslegung und Fortsetzung des Pariser Sachverständigenabkommens unüberbrückbar seien. In dieser Frage nehmen denn auch am Sonntagabend einige Berliner Abendblätter Stellung.

Der sozialdemokratische „A. b. n.“ überhört Schacht mit den stärksten Vorwürfen und meint, Schacht habe geglaubt, der Reichsregierung für die bevorstehenden Verhandlungen Richtlinien und Bedingungen aufzuzwingen zu können und das Spiel fortzusetzen, das er bei der Sabotierung der Heberbrückungsanstalt getrieben habe.

Die „Vossische Zeitung“ erklärt, Dr. Schacht habe anheind seine Teilnahme an den Haager Verhandlungen davon abhängig gemacht, daß sich das Reichsbanministerium auf sein bekanntes Memorandum festsetze, mit anderen Worten

den, daß die deutsche Vorkonferenz mit gebundener Marschroute nach dem Haag gehe, um das durchzuführen, was Schachts eigene Kräfte bei den Pariser Verhandlungen nicht ausreichten.

Im Gegensatz dazu meint die „A. Z.“, durch das Memorandum habe die Person Dr. Schachts auch für das Ausland die Bedeutung eines politischen Programms, und zwar gerade eines tribunpolitischen Programms bekommen. Das Ausland habe sehr wohl begriffen, daß der Reichsbanpräsident seinerzeit entschlossen sei, eine Verantwortung für die Verschärfung des Young-Planes abzulehnen. Die Entscheidung des Reichsbanministeriums muß als eine Aufschaltung Dr. Schachts, vielleicht sogar als ein Vianowechsel für die Haager Konferenz gelten. Die Reichsregierung habe eine scharfe Waffe aus der Hand gegeben.

## Für ein freies Sowjetdeutschland

### Ein geheimes Rundschreiben der kommunistischen Parteizentrale

Hamburg, 28. Dezember.

Der „Hamburger Anzeiger“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben der kommunistischen Parteizentrale, über deren Echtheit kein Zweifel besteht. Das Rundschreiben ist als streng vertraulich bezeichnet, enthält die Ortsangabe mit Datum vom 10. Dezember 1929 und ist an alle Parteizeitungen und Sekretäre gerichtet. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Lage des Proletariats teilen wir Euch nach dem Beschluß der 3. K. folgende Richtlinien mit:

„Mehrer Zeit zum Handeln ist gekommen. Innerer Widerstand wäre es mit unserer proletarischen Pflicht, der Verleumdung des deutschen Proletariats untätig weiter zuzusehen. Kampf im Sinne Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs für ein freies Sowjetdeutschland.“

Es folgen jetzt die vom 3. K. aufgestellten Richtlinien.

1. Jede innerparteiliche Debatte hat zu unterbleiben. Auf oppositionelle Genossen ist zu adien.

2. Innerhalb der Parteiorganisation werden sogenannte Vertrauenskreise geschaffen. Dabei ist nicht notwendig, daß diese Gruppen zahlenmäßig stark sind. Weit wichtiger ist, daß sie sich beweglich und hoch schlagkräftige Gruppen zusammenschließen. Diese Gruppen haben die Pflicht, sich über Gegner, Reichswehr und Polizei und Bewaffnung die nötigen Kenntnisse zu erwerben. Sie können sich hierbei bei den jeweiligen Partein in Frage kommenden Vertrauensmännern bedienen, ohne sie in ihre Pläne einzumischen. Weiter ist über Bewaffnung dieser Gruppen bis zum 8. Januar zu berichten.

3. Die Erregung unter der wertigen Bevölkerung, insbesondere den Erwerbslosen, ist für uns die wichtigste Aufgabe. Haben wir die drei Mil-

lionen der Erwerbslosen, dann ist die proletarische Revolution gesichert. Wir müssen in den kommenden Monaten einbringen, die der Not der Erwerbslosen steuern helfen. Arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien muß durch die Ablehnung dieser Anträge erneut unter Beweis gestellt werden. Auf der Vermählung der Erwerbslosen müssen ihre Forderungen von uns aufgenommen und vertreten werden. Ebenso ist es notwendig, in den Betrieben die Forderungen zu vertreten. Es muß uns gelingen, die Führung in den Wirtschaftskämpfen zu erlangen.

4. Unsere illegale demokratisierende und zersetzende Agitation unter den Reichswehrgesoldaten und der Polizei muß bedeutend gesteigert werden besonders in der Großstadt.

5. Aus den im zweiten Abschnitt genannten Gruppen ist ein Kurierdienst zu organisieren. Verbindung der nachbarlichen Bezirksleitungen untereinander, Verbindung der 3. K. mit der 3. K. Verbindung zwischen den Ortsgruppen sind unabhängig von jeglichen Verkehrsmitteln herzustellen. Am 12. Januar wird die 3. K. in einem Generalalarm des Kurierdienstes aufrufen. Dann muß alles kloppen.

6. Die Genossen, die den Kurierdienst versehen, müssen energische, kluge und umsichtige Menschen sein, ihnen fällt nicht nur der Nachrichtendienst zu, sondern gleichzeitig sollen sie die Parteipolizei sein. Nähere Angaben für die einzelnen Bezirke geben noch zu.

Die bei vorstehenden Richtlinien bewiesenen, ist die Zeit der Proteste und der bloßen Opposition vorüber.

Das Rundschreiben ist unterzeichnet: Das Organisationsbüro des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der kommunistischen Internationale, ges. O. B. u. S.

der derzeitigen Reichsregierung. Politisch konnte dieser längst vorhandene Latzstand noch verschleiert werden, aber der nähere Latzbestand der Ziffern der Reichsfinanzen ist nicht zu vernennen. Das Ansuchen der 30-Stimmen beim Volkseigentum gegenüber den Einzelzeichnungen zum Volkseigentum ist ein Beweis dafür, daß das Volk diese Dinge klar erkennt. Das Stichwort eines Reichsfinanzministeriums, der verlagte, schafft diese innere Katastrophe nicht aus der Welt; denn sie liegt im System begründet. Und nun hat diese Reichsregierung auch noch das außenpolitische Fiasco erlitten. Die sechs Millionen Stimmen, die sich unter denkbar ungünstigen äußeren Umständen für das Volkseigentum fanden, haben nicht nur gegen einen erfüllbaren Reichsplan Einspruch erhoben, sondern gegen das ganze außenpolitische System, das nun Auffassung des deutschen Volkes dessen Interessen nicht so wahr, wie dieses Volk sie gewahrt haben will.

Es ist schon möglich, daß die derzeitige Reichsregierung ihre Außenpolitik fortsetzt, als ob nichts getrieben wäre. Sie kann, wie sie es bisher tat, auch weiter beide Augen vor der Entwicklung des deutschen Volkes, vor seinem erwachenden Willen verschließen. Sie kann, gestützt auf ihre Auffassung von Gesetz und Verfassung, noch weiter antieren.

Aber eines Tages wird sie merken, daß es eine bittere Selbstberührung war, wenn eines ihrer Blätter „triumphierend“ schreibt: „Raum sechs Millionen Wähler hinter Eugenbergl!“ Wo steht denn in Deutschland sonst ein geschlossener Block von sechs Millionen, die wissen, was sie wollen? Sechs Millionen, die sich durch keine Kräfte von der Verkündung ihres Willens abhalten lassen. Es ist in Deutschland eine neue Front entstanden, die aus sich selbst heraus weiterwachsen wird. Hier heute können die Träger des Systems, weil sie die Macht in der Hand halten, diese Front noch umgehen. Morgen werden sie über sie stolpern.









